

Sperrfrist Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort



**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 401/2015  
Kiel, Mittwoch, 18. November 2015

Bildung/Kitas

## Anita Klahn: Wir brauchen akzeptable Gruppengrößen, qualitativ gute Betreuung sowie eine Erweiterung der Öffnungszeiten

In ihrer Rede zu TOP 15 und 21 (Kindertagesstätten und Tagespflege) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Unter dem Aspekt, dass mehr als 30 Prozent der Unter-Dreijährigen eine Krippe und mehr als 90 Prozent der 3- bis 6-jährigen Kinder eine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen, geht mein Dank an die CDU für die Große Anfrage sowie an das Sozialministerium für den Versuch umfassender Antwort, auch wenn auf die fehlende Zuarbeit der Kommunalen Landesverbände verwiesen werden musste. Was insofern bedauerlich ist, da wir sowohl bei der qualitativen als auch quantitativen Weiterentwicklung in der Kinderbetreuung auf gute Zusammenarbeit angewiesen sind.

Eine wichtige Erkenntnis des Berichtes ist, dass seit 2008 zwar eine Reihe gesetzlicher Vorschriften erlassen wurden, aber keine mit der seit Jahren kritisch bewerteten Personalsituation entlastend wirkt. Es gibt weiterhin keine Aussagen zu den sogenannten Vor- und Nachbereitungszeiten, der Mehrbelastung durch neugeschaffene Aufgaben wie zum Beispiel den Übergang von Kita und Schule zu gestalten, dem Anspruch von Elterngesprächen gerecht zu werden, der Dokumentation u.v.m.

Seit Jahren besteht die Regelung, dass 1,5 Fachkräfte für 20 Kinder, und in Ausnahmefällen auch mehr, die Verantwortung haben. Beruhigend ist daher die Auskunft, dass es immer noch mehr Bewerber für einen Ausbildungsplatz an den Fachschulen gibt, als Schulplätze. Und auch nahezu 70 Prozent der Absolventen im System bleiben.

Wichtig ist mir hier die Einschätzung der Landesregierung, dass eine vollständige Akademisierung nicht angestrebt werden würde, sondern die multiprofessionellen Teams zukunftsweisend seien. Das teile ich ausdrücklich.

**Dr. Klaus Weber**, *Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497, E-Mail: [fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de](mailto:fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de), Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>*

Die Kollegin Rathje-Hoffmann hat mit ihrer Frage nach den Öffnungszeiten einen wichtigen Aspekt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufgegriffen. Und es hat mich schon erstaunt, dass von 1.723 Einrichtungen nur 7 Prozent bis 18 Uhr und darüber hinaus nur 1,5 Prozent ein Betreuungsangebot anbieten.

Das geht an der Realität vorbei. Wir brauchen längere Öffnungszeiten. Wir brauchen vielmehr Kitas, die zumindest bis 18 Uhr geöffnet sind.

Daher unterstütze ich die mit dem Antrag geforderte Abfrage des tatsächlichen Bedarfes. Wir sehen den Begriff ‚24h-Kita‘ dabei auch mehr als Schlagwort, um auf diese Problematik aufmerksam zu machen – weniger den tatsächlichen Bedarf für so lange Öffnungszeiten. Das scheint mir auch nicht vom Kind aus gedacht zu sein. Auch sehe ich die Arbeitgeber in der Pflicht, wenn sie denn Erziehende, in der Regel Frauen, in ihren Unternehmen beschäftigen, an dieser Stelle mit einem Angebot unterstützen. Einige sind schon auf dem richtigen Weg. Das UKSH würde sich z.B. anbieten und auch die Möglichkeiten am ehesten bieten, für seine dort beschäftigten Eltern ein arbeitszeitengerechtes Betreuungsangebot vorhalten zu können. Damit kämen sicher einige Frauen aus der Teilzeitfalle heraus.

Anderenorts müssen die Kommunen prüfen, inwieweit sie mit Tagespflegepersonen individuelle Bedarfe abdecken könne.

Wenn wir wollen, dass Frauen sich gleichermaßen wie Männer in der Arbeitswelt engagieren können, bedarf es unserer Unterstützung. Und ich begrüße es, dass der Bund trotz der großen Flüchtlingsproblematik an dieser Stelle Maßnahmen finanziell unterstützt.

Kinderbetreuung muss für Eltern bezahlbar sein, es ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Land und Kommune. Hier spielt auch die seit langem notwendige Neuordnung aller familienpolitischen Leistungen hinein.

Die konkrete Ausgestaltung kann nur vor Ort bedarfsgerecht erfolgen. Das Problem dabei ist im Übrigen nicht das beitragsfreie Kita-Jahr und schon gar nicht die unausgegorene sozialdemokratische 100-Euro-Wahlprämie. Was wir vielmehr brauchen sind akzeptable Gruppengrößen, qualitativ gute Betreuung sowie eine Erweiterung der Öffnungszeiten. Hier müssen unsere Schwerpunkte liegen. Der Prämienwahn von SPD und CDU muss ein Ende finden und wir müssen uns auf die Punkte konzentrieren, welche den Familien wirklich weiterhelfen.“